Politiker des europäischen Parlamentes, Bürgermeister Dieter Freytag und ein Vertreter von Sea Eye diskutierten mit Schülern. Foto: Höhne

Debatte über Zuwanderung

Europas Außengrenzen waren Thema einer Diskussion an der Gesamtschule

VON KATHRIN HÖHNE

Brühl. Eine anregende Debatte entwickelte sich in der Mensa der Gesamtschule, an der die Schüler der elften Klassen teilnahmen. „Braucht die EU eine neue Grenzpolitik?" lautete das Thema der Podiumsdiskussion mit Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft. „Dass eine solche Veranstaltung nach einer dreijährigen Pause wieder stattfinden kann, freut uns sehr", erklärte Ruben Linden. Der Lehrer für Sozialwissenschaften hatte diese gemeinsam mit dem Geschichtslehrer Stefan Hundhausen organisiert.

Als Gäste begrüßten sie dazu die beiden Abgeordneten des europäischen Parlamentes Özlem Alev Demirel (Linke) und Axel Voss (CDU), Jonas Lüdtke von der deutschen Hilfsorganisation Sea-Eye und Bürgermeister Dieter Freytag (SPD). Christoph Heinemann vom Deutschlandradio moderierte.

Die Schüler erlebten einen Meinungsaustausch mit unterschiedlichen Positionen verbunden mit dem Ringen um eine gemeinsame Lösung. „Das macht ein lebendige Demokratie aus", merkte Heinemann an. „Wir brauchen in Europa eine neue Migrationspolitik und neue Solidarität", betonte Demirel zu Beginn.

Dass man den ukrainischen Flüchtlingen helfe, sei gar keine Frage. Das sei aber nicht ohne weiteres gegeben, wenn es um Flüchtlinge aus Syrien oder aus afrikanischen Ländern gehe, kritisierte sie. „Das ist nicht akzeptabel." Darin unterstützte sie Jonas Lüdtke, der unter anderem an Bord des Seenotkreuzers Alan Kurdi Flüchtlinge aus dem Mittelmeer rettete. Es könne nicht sein, dass wir es in Europa nicht schaffen, 10 000 Menschen aus dem griechischen Flüchtlingslager Moria aufzunehmen. Jeder habe das Recht, hier ein faires Asylverfahren zu bekommen. Er plädierte für „eine Migrationspolitik, die alle Menschen gleich und human behandel."

„Ich bin für eine Art geregelte Zuwanderung", erläuterte Voss. Es sei wichtig, zu wissen, wer ins Land komme. Zur Realität gehöre anzuerkennen, „dass wir nicht alle so versorgen können, wie man es gern hätte". Diesen Punkt nahm Freytag auf, denn auf die Kommune komme es letztendlich zu, den geflüchteten Menschen zu helfen, dass sie hier die Sprache lernen, die Kinder in die Schule gehen können, die Menschen eine Job-Perspektive haben, eine Unterkunft finden. Das seien große Herausforderungen.

Alle Teilnehmer waren sich darin einig, dass es künftig stärker darum gehen müsse, Fluchtursachen zu bekämpfen. Sie sprachen auch über illegale Pushbacks, das Zurückdrängen von Flüchtlingen an den europäischen Außengrenzen, und über die Idee Englands, Asylbewerber künftig in Ruanda auf die Bewilligung ihres Asylantrags warten zu lassen. Im Anschluss debattierten die Schüler in Gruppen mit den Gästen.